

Kleve, den 17. Dezember 2025

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Haushalt ist mehr als Zahlen in Tabellen. Er ist ein politisches Bekenntnis.
Er zeigt, wofür eine Stadt bereit ist, Verantwortung zu übernehmen – und wofür nicht.
Genau daran muss sich der Haushalt der Stadt Kleve messen lassen.

Die finanzielle Schieflage unserer Stadt ist seit Jahren bekannt. Das ist auch für 2026 keine Überraschung, das war absehbar.

Wer heute so spricht, als sei diese Situation plötzlich entstanden, macht es sich zu einfach.
Denn Haushaltsprobleme entstehen nicht über Nacht. Sie sind das Ergebnis politischer Entscheidungen – oder politischer Untätigkeit der letzten Jahre.

Deshalb hatten wir als „Offene Klever“ schon im September 2022 einen Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung beantragt.

Wir wollten eine ehrliche Analyse, eine langfristige Strategie und vor allem eine politische Debatte über Prioritäten.

Wir haben unsere politische Verantwortung bereits damals gesehen.

Das Ergebnis war eindeutig – und ernüchternd:

Nur die „Offenen Klever“ stimmten zu.

Es gab keine Aussprache.

Es gab keine Gegenargumente.

Heute, drei Jahre später, ist der Handlungsdruck größer denn je.

Und plötzlich erleben wir, wie sich Fraktionen mit Anträgen zur Haushaltskonsolidierung überbieten.

Was als Aktivität verkauft wird, ist in Wahrheit das Nachholen versäumter Entscheidungen.

Die CDU hält plötzlich monatliche Sitzungen für notwendig – in einem Unterausschuss, der zunächst vor allem zusätzliche Kosten verursacht, bevor überhaupt Ergebnisse absehbar sind.

Die SPD legt einen Antrag vor, der inhaltlich kaum über das hinausgeht, was wir bereits 2022 gefordert haben.

Dahinter steckt kein plötzlicher Erkenntnisgewinn, sondern ein Zeitverzug von drei Jahren.

Und in diesen drei Jahren wurde weitergemacht wie bisher – und jetzt soll es auf einmal sehr schnell gehen.

Rede der Fraktion „Offene Klever/Die Linke“ zur Haushaltssatzung und zum Stellenplan der Stadt Kleve sowie zum Wirtschaftsplan der Umweltbetriebe der Stadt Kleve AöR und des Gebäudemanagements der Stadt Kleve für das Jahr 2026 in der Ratssitzung am 17.12.2025:

Gerade in finanziell schwierigen Zeiten stellt sich eine zentrale Frage:
„Wofür geben wir Geld aus – und wofür nicht?“

Ein zentrales Projekt in den kommenden Jahren ist die Landesgartenschau 2029.

Ein Prestigeprojekt des inzwischen nicht wiedergewählten Bürgermeisters und der Mehrheit des damaligen Rates – ohne unsere Stimmen.

Die Landesgartenschau wird enorme Zuschüsse aus dem Haushalt benötigen und dadurch finanzielle Ressourcen binden.

Wir müssen uns ehrlich fragen:

„Wäre dieses Projekt jemals mehrheitsfähig gewesen, wenn man die Kleverinnen und Klever von Anfang an einbezogen hätte?“

„Wird es noch Akzeptanz finden, wenn Kleve im Jahr 2029 möglicherweise in der Haushaltssicherung steckt?“

Vertrauen in Politik entsteht durch verantwortungsbewusstes Handeln und Transparenz.

Genau daran mangelt es hier zu oft.

Der Aufsichtsrat der LaGa tagt hinter verschlossenen Türen. Wesentliche Entscheidungen werden am Rat vorbei getroffen.

Was als Transparenz angekündigt wurde, das sind nachträglich präsentierte Entscheidungen – bereits geschaffener Fakten.

Das schafft kein Vertrauen, weder im Rat noch bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Denn eines ist klar:

Prestige darf niemals Vorrang vor sozialer Verantwortung haben!

Prestige darf keine freiwilligen Leistungen gefährden!

Und Prestige darf nicht dazu führen, dass wir an den falschen Stellen sparen müssen!

Wir sagen klar:

Es ist richtig, Geld für Schulen, Feuerwehr, Sozialarbeit, das Ehrenamt und unsere Vereine auszugeben.

Nichts ist wichtiger als eine stabile, funktionierende Infrastruktur, gute Zukunftschancen für unsere Kinder und die Stärkung des Ehrenamts.

Wer jedoch von Verantwortung spricht, der muss auch soziale Realität anerkennen und darf nicht die Augen davor verschließen.

Obdachlosigkeit und offener Drogenkonsum nehmen zu.

Die Antwort darauf war kein Konzept, sondern ein Wartehäuschen im Wald.

Das Ergebnis: nichts hat sich verbessert. Den betroffenen Menschen wird nicht geholfen.

Kleve spricht gerne über Vielfalt und Toleranz.

Mit großer Mehrheit wurde als Symbol für diese Werte ein Regenbogenstreifen im Rat beschlossen. Umgesetzt wurde er bis heute nicht.

Nicht nur hier gilt: Anspruch und Wirklichkeit klaffen auseinander.

Bekenntnisse sind schnell zu Protokoll gegeben und Beschlüsse werden gefasst – Umsetzung erfordert Verantwortung.

Dieses Muster finden wir auch bei anderen Großprojekten.

Die Unterführung am Bahnhof war mit 11 Millionen Euro geplant – inzwischen liegen wir bei rund 20 Millionen Euro. Noch während der Planung steigen die Kosten weiter, die Fördermittel – wenn sie denn kommen – werden die Baukosten nicht decken.

Ernsthaft Alternativen wurden nicht geprüft.

Die Verwaltung wollte dieses Betonbauwerk – und genau darauf wurde hingearbeitet. Hohe Folgekosten und Angsträume sind absehbar.

Was im Haushalt fehlt, sind Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, also der ehrliche Blick nach vorne:

Für die dringend benötigte neue Hauptfeuerwache soll es zwar eine Machbarkeitsstudie geben – und mehr dazu findet sich in der Finanzplanung nicht.

Weitere notwendige Investitionen und Ausgaben, die noch nicht in der Finanzplanung berücksichtigt sind, kommen hinzu.

Zur Wahrheit gehört auch:

Die heutige angespannte Haushaltslage ist das Ergebnis jahrelanger Versäumnisse.

Unter dem früheren Kämmerer und dem damaligen CDU-Bürgermeister wurden notwendige Investitionen trotz Niedrigzinsphase, ja trotz „Nullzinsphase“, nicht angegangen.

Dass heute vieles gleichzeitig umgesetzt werden muss und Kleve unter enormem Druck baut, ist weder Zufall noch Ergebnis vorausschauender Investitionsplanung.

Für Kreditzinsen und -tilgung werden die Kleverinnen und Klever zur Kasse gebeten: in Form von höheren Steuern und Kürzungen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen.

Im Gegensatz dazu zeigt der „Tiergarten Kleve“ seit Jahren, wie Attraktivität und Lebensqualität der Stadt gesteigert werden und hohe, stetig wachsende Besucherströme auslösen können – ohne dass dafür ein Zuschuss in Millionenhöhe erforderlich ist.

Der vorliegende Haushalt arbeitet im Fünfjahresplan mit einem globalen Minderaufwand von vier Millionen Euro. Wir bewegen uns damit exakt an der Grenze zwischen Haushaltkskonsolidierung und dem Prinzip: „Noch mal Glück gehabt.“

Ein Haushalt auf Kante genäht ist kein seriöser und kein verantwortungsvoller Haushalt.

Rede der Fraktion „Offene Klever/Die Linke“ zur Haushaltssatzung und zum Stellenplan der Stadt Kleve sowie zum Wirtschaftsplan der Umweltbetriebe der Stadt Kleve AöR und des Gebäudemanagements der Stadt Kleve für das Jahr 2026 in der Ratssitzung am 17.12.2025:

Verantwortung verlangt von uns mehr als ein Durchwinken und ein „Weiter so“.

Ein Haushalt muss gründlich und verantwortungsvoll beraten werden – auf der Grundlage valider, belastbarer Zahlen.

Wenn diese Zahlen erst zu Beginn des Haushaltjahres vorliegen, dann darf man sich nicht davor scheuen, den Haushalt auch erst zu Beginn des Jahres zu beschließen.

Gründlichkeit ist wichtiger als Geschwindigkeit.

Es braucht ein Umdenken – auch hier in Kleve.

Diesem Haushaltsentwurf, diesem Stellenplan und dieser Finanzplanung können die „Offenen Klever / Die Linke“ nicht zustimmen.